

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 136. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Freitag, 20. März 1908.

Auf der Spur Simon Coppers.

Nach einem Telegramm des Oberlieutenants v. Storff am 16. März die Werft Simon Coppers mitten in der Gegend, etwa 100 Kilometer nördlich Weimars, an der Elbe vor der Insel 58 Männer; 7 Männer und einige Weiber wurden gefangen genommen. Simon Coper entkam im dichtsten Busch, der Rest der Werft zerstreut sich nach Süden und Südwesten.

Hauptmann v. Erdert, Leutnant Ebinger und zwölf Mann sind gefangen, neun Mann wurden schwer, drei Offiziere, fünf Mann leicht verwundet.

Das Expeditionskorps war in zwei Kolonnen von Gochas am 6. von Arabach am 8. in der Gefechtslinie auf 430 Weibern mit 4 Maschinengewehren und 700 Kamelen aufgezogen. Am 11. vereinigte sich das Korps bei Weimars. Nach vier Tagen wurde zum Erkennen abgedrückt. Die tägliche Mäheration für den Mann betrug bei heiter und trockener Witterung zwei bis drei Liter. Bei Weimars war das letzte Mäheration gefunden worden; es reichte aber nicht zum Trinken der Kamel.

Hauptmann v. Erdert hatte auf der Spur Simon Coppers am Abend des 15. dessen Werft erkundet. Am 16. mit Tagesanbruch griff er die Werft mit zwei Detachements unter den Hauptleuten Grüner und Willeke an, fiel jedoch gleich bei Beginn des Gefechts. Hauptmann Grüner übernahm das Kommando und befahl dem im Kalbfreis um die Werft liegenden Expeditionskorps den ununterbrochenen Anlauf gegen den Feind. Dieser wurde zwei Stunden lang unter Stellung zu Stellung geworfen, bis er vormittags 1/8 Uhr seinen verbleibenden Widerstand aufgab und in regelloser Flucht nach Süden und Südwesten auseinanderlief.

Erbeutet wurden 29 Gewehre, zahlreiche Munition, eine kleine Herde Vieh, sowie einige Pferde.

Das Hotentottenkommando, das am 8. nördlich Koes eine Patrouille überfallen hatte, scheint bereits am 15. wieder bei Coper gewesen zu sein.

Hauptmann Grüner geht zunächst zum Hof ab, weil er Wasser haben muß. Dort findet er das letzte sichere Wasser in Arabach. Simon Coper ist schwer geschädigt, aber noch nicht endgültig besiegt. Weitere Grenzverwahrung und erneute Expeditionen bleiben nötig.

Nach Meldung des Oberlieutenants v. Storff muß die Leistung des Expeditionskorps als ganz hervorragende Beweistat bezeichnen werden. Mit dem tapferen und bewährten Führer Hauptmann v. Erdert verliert die Schutztruppe einen ihrer besten Offiziere.

Kompromißantrag sei bereits durch die Presse bekannt geworden, jedoch ein materieller Grund zur Verweigerung nicht vorliege. Der Redner der sächsischen Volkspartei teilt mit, daß er seine Unterstützung unter den Kompromißantrag ebenfalls gegeben habe. Ein Verlangungsantrag, der von politischer Seite gestellt, wird unter Protest gegen die Behandlung der Sache zurückgezogen. Die Geschäftsordnungsdebatte zieht sich noch eine Zeit lang hin, verläuft aber erfolgreich. Zur Sache bemerkt hierauf ein Mitglied der Reichspartei: Gegen die radikale Agitation müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Ein Vertreter der freisinnigen Volkspartei beruft sich auf eine längere Erklärung, worin er namens seiner politischen Freunde gegen die Wählermeldungen protestiert, die einen „Staubregen“ in Bezug auf die Wählergeschwindigkeit behauptet haben. In den ganzen Kompromißverhandlungen sei das Wort „Voreingenommen“ überhaupt nicht gefallen. Dieser Erklärung schließen sich die Vertreter der sächsischen Volkspartei, der freisinnigen Vereinigung, der Konserwativen und der Nationalliberalen an. Der konservative Redner führt aus, nicht die freisinnigen hätten nachgegeben, sondern den Konserwativen sei die Zustimmung zum Kompromiß außerordentlich schwer geworden. Nach längerer Debatte wird von Zentrumseite ein Verzeichnis der Landbesitzer genehmigt, in denen sich mindestens 60 Prozent alteingesessene Bevölkerung niederdeutscher Muttersprache vorhanden sind. Der Staatssekretär sagt Erfüllung dieses Wunsches zu.

Die Debatte wird geschlossen. Der Kompromißantrag der Volksparteien wird, wie schon kurz gemeldet, mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Die §§ 8, 9, 10 und 11 werden nach Vorschlägen der Volksparteien bzw. den Beschlüssen in erster Lesung angenommen.

Ein Kompromißantrag der Volksparteien, in § 10a zu bestimmen, daß „Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und auch nicht an Versammlungen solcher Vereine, noch an öffentlichen politischen Versammlungen teilnehmen dürfen“, wird von Sozialdemokraten, Polen und Zentrum bekämpft. Diese Redner berufen sich auf die Arbeiterorganisationen, die leicht zu politischen Vereinen erklärt werden könnten. Der § 10a wird jedoch von den Vertretern der Volksparteien angenommen. Ohne wesentliche Debatte werden sodann die §§ 11 und 11a (Strafbestimmungen), ferner die §§ 12 bis 16, die einen Inhalt mehr formaler Natur haben, teils mit großer Mehrheit, teils mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen.

Bei der Gesamtmitteilung über das Gesetz stimmen die Volksparteien für, die Minderheitsparteien gegen das Gesetz. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschloß gestern, den Antrag des freisinnigen Abg. Freyberg v. Campy betr. die Gewährung freier Eisenbahnfahrts für die Wahlmänner in folgender veränderter Fassung der Regierung zur Erwägung zu übermitteln.

Die Staatsregierung wird ersucht, bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause am Tage vor und nach der Wahl den Wahlmännern freie Fahrt von ihrem Wohnorte zum Wahlorte und zurück zu gewähren und ihnen auch, wo die regelmäßigen Züge keine angemessene Verbindung bieten, Sonderzüge zu stellen.

Wie schon mitgeteilt, sollen nach dem Antrage aller Parteien des Abgeordnetenhauses die Beamtenpetitionen der Staatsregierung zur Erwägung überwiegen werden. Es handelt sich um 528 Petitionen, von denen 301 von Beamten, 222 von Lehrern, 5 von Geistlichen stammen.

Dem Abgeordnetenhause ist der Entwurf eines Eisenbahnleihegesetzes zugegangen, das die Ausgabe von Staatsanleiheverschreibungen in Höhe von 275 424 000 Mark vorsieht. Die Bedingungen für die Ausgabe werden dem Finanzminister überlassen.

Ein Antrag betreffend die Begünstigung einer Erbschaftsteuer für die Witwen von Eisenbahnarbeitern, die im preussischen Abgeordnetenhause zugegangen. Als Oberlandesgericht für das Präsidium wird in Halle bestimmt. Schanburg-Suppe zählt einen Jahresbeitrag von 1500 Mk.

Die Finanzkommission des Herrenhauses wird die Staatsberatung erst am 20. d. Mts. aufnehmen, das Abgeordnetenhause den Endentscheid nicht innehalten konnte.

Deutsches Reich.

* Kaiser Wilhelm und Präsident Noke. Die von vornherein nicht glaubwürdig erscheinende Meldung, Kaiser Wilhelm stände in brieflichen Unterhandlungen mit dem Präsidenten Noke über den Verkauf der Philippinen an Deutschland, kann auch an dieser Stelle ausdrücklich für unwirksam erklärt werden. Die Nachricht stammt aus trüber englischer Quelle.

* Die Journalisten des Reichstages beschwerten sich. Eine Kommission der Journalisten des Reichstages überreichte dem Präsidenten eine Beschwerde, weil Abg. Groeber, als während der Rede des Abg. Erdberger auf der Journalistentribüne angeblich gelacht wurde, eine der Journalisten schwer beleidigende Äußerung in den Saal gerufen habe. Als der Präsident darauf eine ungenügende Erklärung abgab, beschwerten die Journalisten die Tribüne. Sodann verammelten sich die Journalisten im Reichstagslesesaal und beschloßen, eine fünfgliedrige Kommission an den Präsidenten zu entsenden mit der schriftlichen Erklärung, daß

die in Sachen der Äußerung Groebers abgegebene Erklärung des Präsidenten den Journalisten Genehmigung nicht gewähre. Die Journalisten beschloßen ferner, vor Abgabe einer genügenden Erklärung die Tribüne nicht wieder zu betreten. Zur Festsetzung des weiteren Verhaltens findet heute mittags 12 1/2 Uhr eine abnormale Versammlung statt.

* Reichstagsbeschlüsse. Bei der am Donnerstag stattgefundenen Reichstagsbeschlüsse im ersten Leseabschnitt des Abg. Freyberg (freis. Bg.) 8818, Ehrenfeld (natl. Bg.) 6579, Fürsting (natl.) 4908 und Jung (Soz.) 3115 stimmte es sich ab, die Wahl zwischen Freyberg und Ehrenfeld erörterlich.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.
57. Sitzung vom 19. März, 11 Uhr.
Am Ministertisch: Hofe, Schwarzkopf, Raumann.

Dritte Lesung des Ges. Die Beratung wird fortgesetzt beim Ministertisch. Hierzu liegen verschiedene Anträge vor. Zwei Anträge Bachmann (natl.) und Fritzsche (freis. Bg.), Fritzsche (freis. Bg.) fordern die Einsetzung der von Konserwativen und Zentrum beauftragten hauptamtlichen Schulinspektoren in Potsdam. Ein Antrag von Brandenburger (Soz.) fordert stärkere Ausbildung und Gewährung weiblicher Lehrkräfte für den Elementarunterricht; ein Antrag Dr. v. Wonna verlangt eine Veranschaulichung zur Erforschung der industriellen Verwertung der preussischen Moore. Es findet zunächst eine allgemeine Aussprache statt.

Abg. Godeffroy (Soz.) bittet um eine bezügliche Erklärung über die Freierziehung der Schulen und tritt für vermehrte Umlaufbesetzung an Lehrern zur Zeitnahme an religionswissenschaftlichen Schulen ein.

Abg. Dr. Dietrich (Ztr.) mißbilligt einen Erlaß der Schülern, die mit ihren Eltern an allgemeinen Gottesdiensten teilnehmen, das Fernbleiben von Sonntags- und gottesdienstlichen Anwesenheiten Dr. Geller. Der Erlaß ist auf vielfache Weise der Eltern zurückzuführen. Die Teilnahme am Schulgottesdienst ist sehr unangenehm, aber Ausnahmen müssen zulässig sein.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) spricht sich im selben Sinne aus. In Sachen der Verlängerung der Schulleisten hat sich der Ministerialdirektor auf ein Gutachten der Berliner Schuldeputation berufen, aber auf eines, das aus dem Februar 1890 stammt (Hört! Hört!). Die Schuldeputation ist längst anders Meinung. In der Frage der Befreiung des Postens der Schuldeputationen, ferner mit dem Schulinspektoren hat die Regierung ihre Zusage nicht voll gehalten.

Abg. Fehr v. Zehly (freisinn.) erklärt es für notwendig, daß in Landgemeinden der Ortsschulinspektor zugleich Vorsitzender der Schuldeputation ist.

Abg. Godeffroy (fr. Bg.) spricht auf ein Schreiben des von Generalinspektor überreichten Hofratbeschlusses, das die Rechte der Gemeinden beschränkt.

Minister Hofe sagt Prüfung der in der Debatte geäußerten Wünsche zu und geht dann auf den Antrag der Abg. Fritzsche ein. Den Lehrern sollte nicht unterlag werden, sich über die Ergebnisse der modernen alttestamentarischen Forschung zu unterrichten. In Hinsicht habe aber der mit der Einleitung des Religionslehres betraute Hofrat Fritzsche die Einwirkung auf die Lehrpläne der Religionslehre zu berücksichtigen, auch nach einer Richtung, die der offiziellen Norm widerspricht (Hört! Hört!). Das dagegen von Eltern und Lehrern angeregten Konflikt sei zum Einschreiten verpflichtet gewesen. Auf die hier nicht zur Diskussion stehende Bestimmung des Konfliktgesetzes eingegangen, habe er keine Veranlassung. (Beifall rechts.)

Abg. Hoff (fr. Bg.) kritisiert die Seminarordnung für Geistliche, die die vorigen Seminareisen seien weiterer als die Soldaten in der Beförderung.

Abg. Biered (freisinn.) befragt sich darüber, daß in der Bromberger Vorstadt zu Schneemüll die evangelischen Kinder in einem schönen Schulgebäude, die katholischen in ungenügenden Räumen unterrichtet würden.

Abg. Gassel (fr. Bg.) tritt für die Gleichberechtigung der drei höheren Schulen ein und erörtert den Fall des Berliner Schullehrers Mathews. Der Direktor, der zugeben mußte, der Schüler habe nach dem Verhalten des Lehrerkollegiums das consilium abundi befristet müssen, habe die gebührende Rüge erhalten, auch der schuldige Lehrer sei vom Provinzialkollegium befristet worden.

Schweitzer (nl.) befragt, daß der Fall Mathews, den der Minister hier befragt, in der Öffentlichkeit mehrfach in unangenehmer Weise auf die Tagesordnung gebracht worden sei. Am vorliegenden Falle teile die Schule die Schuld mit anderen Faktoren. Würgens werde der Vorfall klarer verurteilt als in Lehrerkreisen (Sehr richtig!), wir dürfen deshalb volles Vertrauen haben, daß ein solcher Mißgriff ganz verneint ist und bleiben wird. (Beifall.) Trotzdem hat der Minister die für die Handhabung von Zuchtmitteln erlassenen gemessenen Vorkehrungen den Lehrern nochmals in Erinnerung gebracht und die zuständigen Behörden auf ihre genaue Durchführung hingewiesen.

Abg. Ernst (fr. Bg.) tritt für eine Erhöhung der Bezüge der Kreisinspektoren ein.

Abg. Kertthoff (nl.) wünscht Ablösung des Patronatsrechts in Hannover.

Abg. Frensdorfer (Ztr.) tritt gegenüber den Ausführungen des Abg. von der Arbeit den Antrag für das System Frensdorfer an der Charlottenburger Zeichenschule ein, das durchaus berechtigt sei.

Abg. Rosenow (fr. Bg.) tritt den Vorlesungen des Abg. Weimer ebenfalls entgegen und empfiehlt Vorlesungen für Journalisten an den Universitäten.

Abg. v. Dering (Soz.) tritt für die Gewährung der Ostmarken-gulage an die oberpreussischen Lehrer ein.

